

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Volkshilfskonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorbehalt 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Restame-Kolonelle 7.50 M. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Bela Kun in Stettin verhaftet!

Swinemünde, 21. Juli. Die polnische Zeitung meldet: Der Transportdampfer *Visboa*, der heute vormittag Stettin mit etwa 1000 Austauschgefangenen an Bord zu einer Fahrt nach Kulmbach verließ, ist auf der See von mehreren Torpedobooten angehalten worden. An Bord des Schiffes befanden sich auch Bela Kun, Devien-München und mehrere andre Kommunisten. Das Schiff wurde in der Hafenstraße verankert und von Torpedobooten bewacht. Es wird jedoch vom Schiff aus gefunkt, daß an Bord eine Meuterei auszubrechen drohe, wenn die *Visboa* an der Weiterfahrt verhindert werde. Es verlautet, daß die übrigen Schiffsoffiziere in den hiesigen Durchgangslagern interniert werden sollen. Ein Bewachungskommando der Reichswehr soll bereits für die Bewachung zur Verfügung gestellt sein.

Im Laufe des Nachmittags wurden an Bord der *Visboa* Bela Kun, der sich Grünberg nannte, Devien-München und mehrere andre Kommunisten verhaftet. Die Verhafteten wurden auf ein Torpedoboot gebracht und mit diesem nach Stettin transportiert.

Die Wichtigkeit der Tatsache, daß Bela Kun und mehrere seiner Genossen von dem Schiff heruntergeholt und in einem Torpedoboot nach Stettin transportiert worden sind, wird von der Kommandostelle des Durchgangslagers in Swinemünde bekämpft. Man bestreitet, daß es sich um eine Verhaftung handelt (?), man weiß aber nicht, aus welchem Grunde das Schiff angehalten worden ist und weshalb Bela Kun nach Stettin zurücktransportiert worden ist. Dagegen ist dort nichts davon bekannt, daß die übrigen Passagiere der *Visboa* in dem Durchgangslager interniert werden sollen.

Sofortige Aufklärung und sofortige Freilassung der Verhafteten muß energig gefordert werden.

Die ungarische Blutgießerei

Wien, 22. Juli. Die ungarische Regierung hat durch ihren Geschäftsträger in Wien gegen das Vorgehen der österreichischen Regierung in der Angelegenheit Bela Kuns protestiert, das heißt gegen seine Ueberführung nach Rußland. Der Staatssekretär Dr. Krenner antwortete darauf, die österreichische Regierung befindet sich in einer Zwangslage; anders wäre es nicht gelungen, die österreichischen Kriegsgefangenen aus der russischen Kriegsgefangenschaft zu befreien.

Wir halten es für selbstverständlich, daß einem von Hunderten vergewaltigten Lande wie Ungarn keine politischen Flüchtlinge ausgeliefert werden dürfen.

Unruhen in Rom.

Die Druckerlei des Avanti von Nationalisten zerstört.

Berlin, 22. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) In Rom dauerten bis in die späten Nachstunden am 20. Juli die Zusammenstöße zwischen Bürgerschaft und Nationalisten und einzelnen Haufen von Arbeitern an. Zu sehr ernsten Vorfällen kam es in der Druckerlei des sozialistischen Avanti. Während der Sitz der Sozialdemokratischen Parteileitung und die Redaktion des Avanti durch die Polizei geschützt wurden, wurde die Druckerlei des Blattes von den Nationalisten gekürrt, die Druckmaschinen zerstört, die Linotypen unbrauchbar gemacht und die Postaufträge verbrannt. Die Arbeiterkammer protestierte einen 24stündigen Generalstreik. Die Geister sind auf beiden Seiten sehr erregt. Im Parlament traten sozialdemokratische Abgeordnete als Vertreter der Schaffner der Straßenbahn auf, die mit roten Fahnen an die Straßenbahnen zurückkehrten und dadurch die Zwischenfälle verursachten. Sie kündigten dabei an, daß der Tag des sozialistischen Gerichts gekommen sei. Gemäßigte Führer aber, wie Turati, erklärten, daß sie solche Vorkommnisse, gleichgültig von welcher Seite sie kämen, nicht billigen.

Rundgebung in Mailand.

Mailand, 21. Juli. Secolo meldet, daß die Arbeiterkammer von Mailand im Hinblick auf die Ereignisse in Rom heute vormittag auf dem Platz vor der Scala eine Versammlung einberufen hat. Die Arbeiter sind aufgefordert worden, ihre Arbeitsstätten um 4 Uhr zu verlassen und an der Versammlung teilzunehmen.

loyd George über Polen und Rußland

Berlin, 22. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der Lokalanzeiger berichtet ausführlich aus Amsterdam über die Rede Lloyd Georges im Unterhaus. Danach erklärt er, daß Polen den Alliierten große Besorgnisse bereite. Er habe an die Polen offene Worte gerichtet und bedaure, daß sich keine Beschlüsse als berechtigt erweisen hätten. Die Unabhängigkeit Polens sei eine Notwendigkeit für das ganze Friedensgewebe. Ohne ein

unabhängiges Polen würden die großen aggressiven militärischen Mächte, die nach Gebieten anderer Nationen trachten, bis an die deutschen Grenzen rücken. Der polnische Bräuleinhaber habe es unternommen, die polnische Armee bis innerhalb der legitimen polnischen Grenze zurückzuführen. Millerand habe die Antwort der Sowjet-Regierung als unverschämte Beleidigung. Er, Lloyd George, würde es vorziehen, sie als unkorrekt zu bezeichnen. Die Sowjet-Regierung sei bereit, einen Waffenstillstand mit Polen im verständlichen Sinne zu prüfen, doch seien Anzeichen vorhanden, daß die Sowjet-Regierung nur bereit sei, in dieser Angelegenheit mit einer profetarischen Regierung zu verhandeln. „Das ist“, fuhr der Redner fort, „eine unerträgliche Position. Der Standpunkt der Alliierten Rußland gegenüber ist, daß es ihm freiliebt, sich seine eigene Regierung zu wählen. Die Sowjet-Regierung ist nicht von Rußland gewählt worden, sie ist genau so autokratisch wie ihre Vorgängerin. Um die bona fides Sowjet-Rußlands zu prüfen, haben die Alliierten Polen geraten, um Waffenstillstand zu bitten. Wenn Rußland sich weigert, und wenn die russischen Truppen in Polen einmarschieren, werden die Alliierten den Polen alle Unterstützung zurückziehen, die sie geben können. Innerhalb der letzten paar Tage haben die Polen eine freiwillige Armee von 300 000 Mann gebracht.“ Es liegt im Interesse Großbritanniens und Europas, daß Polen nicht ausgeglitt wird. Der britische Botschafter in Berlin hat sich nach Polen begeben und es ist leicht möglich, daß auch Marshall Foch später nach Polen geht.

Die russische Regierung gegen die Agrarermäßigungspolitik des Reiches.

Gera, 21. Juli. Die Landesregierung Neuh hat mit den landwirtschaftlichen Vereinigungen verhandelt und von ihnen die Zusicherung erhalten, daß sie entgegen den vom Reichswirtschaftsministerium festgesetzten hohen Preisen für Kartoffeln den Zentner Kartoffeln aus der diesjährigen Ernte für 18 Mark liefern werden. Der Vorort Gera wird auch im übrigen die Preisprüfungsstellen ersuchen, in dieser Hinsicht mit den Landwirten zu unterhandeln. Er hat den nachdrücklichsten und energischsten Protest an die Reichsregierung wegen der unerhöht hohen Getreide- und Kartoffelpreise gerichtet und darin angeführt, daß sie damit die Ursache zu dauernden Unruhen und Tumulten geschaff habe.

Reichstag für Montag einberufen.

Berlin, 21. Juli. Nach einem Beschluß des Kabinettsausschusses tritt der Reichstag am Montag, dem 26. d. M., nachmittags 5 Uhr, zu einer Vollversammlung zusammen, um den Bericht der Regierung über die Verhandlungen in Spa entgegenzunehmen.

Saatenlassungsantrag abgelehnt.

München, 21. Juli. Im Landtag wurde ein Antrag des Unabhängigen Abg. Blumtritt, betreffend Haftentlassung der vier unabhängigen Landtagsmitglieder Kildisch, Sauber, Hagemeister und Schmidt, von sämtlichen bürgerlichen Parteien gegen die drei sozialdemokratischen Fraktionen abgelehnt.

Wo die Waffen wirklich stecken.

Hamburg, 22. Juli. In der Angelegenheit der angeblichen Hamburger roten Armee erläßt die Polizeibehörde eine Befanntmachung, wonach die Untersuchung keine Spur eines Beweises für die Wichtigkeit der Sensationsmeldung erbracht hat. Dagegen wurde in der Nähe von Hamburg auf dem Gute Bargtheide ein Waffenlager entdeckt, wobei 600 Gewehre, 600 Stahlhelme und 20 Maschinengewehre beschlagnahmt und nach Hamburg in Sicherheit gebracht wurden.

Auf diesen „Erfolg“ ihrer Schwindelmeldung waren die Reaktionsäre sicherlich nicht gefaßt. Sie werden saure Gesichter dazu ziehen — ihre Blätter, voran die Leipziger Neuesten Nachrichten, werden die unbequeme Meldung indeß gefinnungstüchtig unter-schlagen.

Der Vorfall zeigt, was an den Schwindelmeldungen vom Untspieß ist und wie gut begründet die Meldungen von der Vorbereitung des Rechtsputches sind!

Klärung?

Die rote Fahne, das Zentralblatt der Kommunisten, das alltäglich seine Spalten zu einem guten Teil mit bissigen und hämischen Angriffen auf die Unabhängige Sozialdemokratie zu füllen pflegt, hat dieser Tage einige anerkennende Worte für unsere Partei, oder richtiger für einen Teil unserer Partei gefunden. Schmunzelnd verzeichnete sie Anträge und Beschlüsse, die die „Reinigung“ der U. S. P. von „rechten Führern“ forderten (unter „rechten Führern“ sind hier nicht etwa die berufenen, geeigneten Führer verstanden, sondern die rechts stehenden). In der Hamburger Volkszeitung und einigen andern Blättern hatte Genosse Walter Stoedter in einem Artikel über die 3. Internationale, worin er die Adresse der Kommission der Partei, der er selbst angehört, nach Moskau anzeigt und den guten Ausgang der Anschließungsverhandlungen voraussetzt, u. a. auch geschrieben: „Unsre Partei zu reinigen von den wenigen pazifistischen und „demokratischen“ Elementen, die uns nicht mit Unrecht von rechts und links täglich um die Ohren geschlagen werden, ist unsre eigene Pflicht, denn wir sind schließlich nicht ein Diskutierklub aller möglichen schönen Ansichten, sondern eine revolutionäre Klassen- und Kampfpartei, deren erste Pflicht es ist, klare und eindeutige Parolen und Losungen in die kämpfenden Massen zu werfen.“ — Ähnliches stand in einem Artikel von Paul Böttcher, der gleichfalls in der Hamburger Volkszeitung erschien, und auch ein Artikel: Wir und die dritte Internationale von Bernhard Döwle, den der Zeitungsdiens unserer Partei verbreitete, läßt denselben Gedanken, wenn auch etwas abgemildert, erkennen. Diese systematische Kampagne in einem Teil unserer Presse hat dann eine praktische Konsequenz in einem Beschluß der Landeskonferenz der hiesigen Organisation unserer Partei gefunden. Sie hat den Antrag auf Ausschluß des Genossen Karl Kautsky gestellt und ferner erörtert, ob gegen den Genossen Dr. Rudolf Hilferding, den Chefredakteur der Freiheit, nicht dasselbe Verfahren in Anwendung zu bringen sei. Einen genaueren Bericht über diese Verhandlungen haben wir nicht entdecken können. Wir wissen deshalb nicht, welche Verbrechen dem Chefredakteur der Freiheit vorgeworfen wurden und weshalb man schließlich davon abgesehen hat, den Halsgerichtsprozeß gegen ihn zu fordern. Das Anlagematerial gegen den Genossen Kautsky ist bekannt; es sind die Schriften, worin er sich kritisch zum Bolschewismus stellt und die Demokratie gegen die Rätediktatur verächtelt.

Es soll also nach den Wünschen einer Reihe von Genossen eine große „Reinigung“ der Partei vorgenommen werden. So ist auch ein Artikel betitelt, der in dieselbe Kerbe wie die oben erwähnten Stoedterschen und Böttcherschen Ausführungen haut, der gleichfalls durch eine Reihe von Parteiblättern ging. Dieser Artikel ist deswegen interessant, weil er ausgerechnet eine Stelle aus Kautskys neuester Schrift über die Internationale zitiert, um alle mit Kautsky zu beweisen, daß der Ausschluß Kautskys aus der Unabhängigen Sozialdemokratie durchaus gerechtfertigt sei. Genosse Kautsky sagt nämlich in dieser Schrift, daß eine Partei nur eine Vereinigung Gleichgesinnter sein kann, daß sie zu bestimmen hat, welche Anschauungen mit der Angehörigkeit zu ihr vereinbar sind, und welche nicht, daß es keinen prinzipiellen Anspruch auf Toleranz in bezug auf Parteimitgliedschaft gibt, sondern daß man Toleranz gegenüber allen Ueberzeugungen nur vom Staate verlangen darf und muß usw. Das alles versteht sich für jeden logisch denkenden Menschen von selbst. Eine Partei muß natürlich eine bestimmte Grenze ziehen, die ihre Mitglieder nicht überschreiten dürfen. Wie weit oder eng der Umkreis der Anschauungen gezogen wird, innerhalb dessen sie Freiheit der Meinung gewähren kann hängt von ihren Grundfäden und von Zweckmäßigkeitsfragen ab.

Darauf berufen sich nun jene Genossen, die den Ausschluß des Genossen Kautsky fordern. Und so hat die hiesige Organisation ihren Beschluß damit begründet, daß er Klärung herbeiführen soll. Dieser Grund erscheint uns indes wenig einleuchtend. Daß Genosse Kautsky bei seiner Kritik unseres Aktionsprogramms in der Partei isoliert ist, darüber ist kein Mensch mehr im Zweifel, um das klarzustellen, bedarf es wahrhaftig des Ausschusses eines um die sozialistische Arbeiterbewegung Deutschlands wie der Welt hochverdienten Mannes nicht. Es liegt uns fern, Personenkultur zu treiben und ein Vorrecht, ein Privilegium für führende Genossen zu fordern. Es ist kein Beugen vor der Person, wenn wir Kautskys gewaltigen Leistungen für die sozialistische Theorie hervorheben, die selbst vielen jüngeren Genossen, die jetzt gleichmäßig von dem Ausschluß Karl Kautskys sprechen, noch lange nicht genügend bekannt und noch viel weniger vertraut sind. Wir meinen, daß man um solcher Leistungen willen über eine gewisse Unbequemlichkeit, die die Kritik Kautskys jetzt einmal einem Agitator unsrer